



Frühjahrskonferenz

6. und 7. Juni 2018

Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP I.17 Beteiligung des Bundes an den Personal- und Sachkosten in Staatsschutzsachen

Berichterstattung: Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben die Belastung der Justizhaushalte der Länder durch die steigende Anzahl von Staatsschutzsachen erörtert.
2. Vor dem Hintergrund der originären Zuständigkeit des Bundes für die Verfahren, die durch den Generalbundesanwalt angeklagt werden, halten die Justizministerinnen und Justizminister eine Beteiligung des Bundes an den den Ländern entstehenden Personal- und Sachkosten einschließlich Baukosten für geboten.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, bis zur Herbstkonferenz 2018 einen Gesetzentwurf auszuarbeiten,



**89. Konferenz der
Justizministerinnen
und Justizminister
2018 | Thüringen**

der eine Grundlage für eine entsprechende Kostenbeteiligung bildet.

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen